BUND-Steinburg

Rundbrief April 2016

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Tschernobyltag 2016
Vogelstimmen
BUND-Sommerfest
Nordoer Heide
IZ
Reichenstraße
TTIP, CETA ..
AKW-Abriss
Sieben Castoren
BIAB-Prozess
Windräder - Lärm
Fahrrad-Tour
Windkraftplanung
Mitgliederversammlung
Termine

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.
BUND-Kreisgruppe Steinburg

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde unserer Arbeit,

auch in diesem Jahr erscheint unser Rundbrief wieder als Heft im DIN A5-Format und wieder sind es 16 Seiten geworden. Die mehrfach geäußerte Leser-Zustimmung zur neuen Aufmachung und die Bereitschaft verschiedener Mitglieder ihr Scherflein in Form von Artikeln oder in anderer Form beizutragen, haben es ermöglicht.
Nun hoffen wir, dass es auch gelungen ist, ein interessantes Angebot zusammengetragen zu haben. An erster Stelle bedanken wir uns bei unserem Dithmarscher BUND-Mitglied Norbert Prahlow, der uns gestattete, einige seiner umweltkritischen Karikaturen in diesem Rundbrief zu verwenden. Norbert lebt erst seit 2011 in Dithmarschen und setzte sich mit den Umweltproblemen in seiner neuen Heimat wie auch darüber hinaus auseinander: Klimawandel und Energiewende, Fracking und Atommüll, Landschaftsverschandelung und was außerdem an Belastungen die Umwelt beeinträchtigt. Seine Gedanken dazu verwandelte er mit leichter Hand in Karikaturen und legte so den Finger in die Wunde. - Diese fanden eine verdiente Anerkennung, als sie im Marner Kultur- und Bürgerhaus in einer Ausstellung einem breiteren Publikum vorgestellt wurden.

Schon traditionell sind die Einladung zur Mitgliederversammlung und die Einladung zum Sommerfest, das diesmal in Jürgens prächtigem Naturgarten stattfindet, Ausgangspunkt zur Herausgabe des Rundbriefs. Ebenso wie der beigelegte Flyer zum Tschernobyltag in Brokdorf. Dieser jährt sich zum 30. Mal. Deshalb wurden in diesem Jahr einige Veranstaltungen vorangestellt, die mit Film, Musik und Diskussion auf die Protest- und Kulturmeile vor dem AKW einstimmen sollen. Ein interessantes Angebot.

Auch andere lohnen die Teilnahme: die Vogelstimmenexkursion am 1. Mai mit Rainer Papke, die Fahrradtour, die wir gemeinsam mit dem famila-Markt am 20. August unternehmen und das Naturerlebnis-Fest am 9. Juli in der Nordoer Heide.

Ich wünsche allen Lesern des Rundbriefs Spaß und Information bei der Lektüre.

Mit umweltfreundlichen Grüßen
Lothar Wittorf, Red.

<u>Die Extra-Karikatur:</u>
Thema
Frack-Fluide

Einladung zur

ordentlichen Mitgliederversammlung

der BUND-Kreisgruppe Steinburg

am **Dienstag, dem 17. Mai 2016**
um **19.00 Uhr**
im **BUND-Umweltzentrum, IZ, Draisine 4**

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls 2015
4. Jahresbericht des Vorstandes, Aussprache
5. Bericht des Schatzmeisters, Aussprache
6. Bericht der Kassenprüfer
7. Entlastung des Vorstands
8. Genehmigung des Haushaltsplans 2016
9. Wahl des Vorstands
10. Wahl eines neuen Kassenprüfers
11. Wahl von Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung
12. Anträge und Beschlüsse
13. Ausblick 2016/17
14. Verschiedenes

Itzehoe, im April 2016 Der Kreisgruppenvorstand

Anm.: Die Satzung findet sich auf http://www.bund-steinburg.de/satzung.html.

Einladung zum

Sommerfest 2016 bei Jürgen

- am Sonntag, den 17. Juli 2016
- ab 11.00 Uhr
- Ort: Dr. Jürgen Möller, Horststr. 9, 25524 Oelixdorf

Motto: Jeder bringt eine Kleinigkeit mit.

Alle Mitglieder, Förderer und Freunde/-innen des BUND sind herzlich eingeladen.

Das Programm zum Tschernobyl-Tag 2016

Zum **30.** Mal jährt sich in diesem Jahr die Atomkatastrophe von **Tschernobyl**,
zum **5.** Mal jährt sich die Atomkatastrophe in **Fukushima** -
und immer noch laufen weltweit Atomkraftwerke.

Der Vorfall vom April 14 im elsässischen AKW Fessenheim zeigt, wie nah die Gefahr ist. Zudem ist keine Lösung einer nachhaltigen Atommüll-Lagerung in Sicht.
Trotz der Gefahren und der weiter ungebremsten Steigerung der nuklearen Abfälle bleibt das AKW Brokdorf noch bis zum 31. Dezember 2021 am Netz.

Beteiligen Sie sich! Und es verspricht auch in diesem Jahr wieder toll zu werden. (s.Bericht: http://www.bund-steinburg.de/tschernobyltag-2015.html)

So., 24. April - **die 4. Protest- und Kulturmeile vor dem AKW Brokdorf**.
Beginn **3 vor 12.00 h** ↔ Ende 15.00 h.

Schon im Vorfeld finden einige Aktivitäten statt:

Mi., 13. 4. 19.30 h Café Schwarz, Itzehoe - Podiumsdikussion zum Rückbau des AKW Brunsbüttel mit Hubertus Zdebel, Mitglied des Bundestages der Fraktion *DIE LINKE*. Karsten Hinrichsen wird ebenfalls auf dem Podium sein.

Sa., 16. 4. 11 - 17.00 h Tag der Vereine im Holstein-Center Itzehoe. Der BUND ist mit einem Info-Stand vertreten zu den Themen TTIP, Glyphosat, Verteilung von Flyern für die Demo am 24. 4. und Verkauf von Tickets für

So., 17. 4. 10.30 h Anti-AKW-Film "Unser gemeinsamer Widerstand" im Cinemotion Itzehoe. →Eine konzentrierte und spannende Dokumentation der Auseinandersetzung um die Atomkraft in Deutschland in den 60er - 90-er Jahren, die letztendlich dazu geführt hat, dass Brokdorf das letzte AKW in Deutschland ist, das gebaut wurde. Kartenreservierung über giselawieneke@bund-steinburg.de.

Fr., 22. 4. 19.00 h Liederabend mit Gerd Schinkel im Himmel & Erde; gebürtiger Glückstädter und Wahl-Kölner, der wieder wie letztes Jahr am 24. 4. auf der Protest- und Kulturmeile in Brokdorf mit seinen Protest- und Bürgerbewegungsliedern auftritt.

Vogelstimmenwanderung

Um die Tongrube Muldsberg

Vogelstimmen-Exkursionen erfreuen sich stets besonderer Beliebtheit. Und das umso mehr, wenn sie von Rainer Papke geführt werden. Deshalb wollen wir am 1.Mai um die Mehlbeker Tonkuhle wandern, Vögel beobachten (auch auf dem großen See) und vor allem den Gesang der Vögel den einzelnen Arten zuordnen.

Aus der einstigen Tonabbau-Grube hat sich ein wertvolles Biotop entwickelt und wenn wir Glück haben, hören wir den Gelbspötter, der besonders gut andere Arten nachahmt, manchmal sogar einige aus seinem Winterquartier in Afrika. Auch die Singdrossel und der Baumpieper sind hier heimisch geworden. Letzterer segelt, während er singt, eindrucksvoll mit ausgebreiteten Flügeln zurück zu seiner Baum-Sitzwarte.

Wir treffen uns:
- am So., den **1. Mai 2016** um **18.30**
- in **Oldendorf beim Dorfhaus**, Dreschkamp.
- Die Leitung hat Rainer Papke

Erlebnistag für die ganze Familie

„Artenvielfalt und NATUR GENUSS in der Nordoer Heide“

- am **Samstag, 9. Juli**, 14 - 18 Uhr
- Treff: Freizeitfläche zwischen den Deckmannschen Kuhlen, Verlängerung des Birkenweges, Kremperheide

Spannende Erlebnisse und vielfältige Informationen in der wunderbaren Dünenlandschaft der Nordoer Heide – mitten im Binnenland. Staunen Sie bei Exkursionen für Kinder und Eltern, Krabbel- und Flattertierfreunde, botanisch Interessierte und alle Neugierigen. Kann man mit dem Klappertopf klappern? Und will der Warzenbeißer wirklich beißen?

Naturschutzaktive von NABU, BUND und AG Botanik sowie Mitarbeiter der Stiftung Naturschutz geben Antworten und zeigen Ihnen Galloways, Exmoor-Ponys und Burenziegen, die hier für den Naturschutz weiden.
Ab 16 Uhr gibt’s dann bei den Deckmannschen Kuhlen ein vielfältiges Angebot mit Infos, Möglichkeiten zum Basteln und deftige Köstlichkeiten vom Burenziegen-Hof Christians.

Vorankündigung

Fahrradtour mit dem famila-Markt

Wer im vergangenen Jahr dabei war, erinnert sich gewiss noch gern an die eindrucksvolle Radtour, die wir gemeinsam mit den Itzehoer famila-Markt veranstalteten: Nordoer Heide, Lägerdorfer Kreidegrube und Breitenburger Moor waren die Stationen, für die leckere Proviantierung sorgte famila.

Auch in diesem Jahr wird es eine Radtour geben. Zeit, Start und Ort wurden schon vereinbart, der Ablauf wird in nächster Zeit festgelegt.

Bitte vormerken:
Start am **Sa., 20. August**, um **11.00 h** auf dem **famila**-Parkplatz.
Alles Weitere demnächst in der Zeitung und auf www.bund-steinburg.de.

TTIP, CETA und TISA

Abkommen, die einen gerechten Welthandel verhindern

Für den Landesvorstand des BUND-SH bin ich Ende Februar zu einer Strategie- und Aktionskonferenz nach Kassel gefahren, wo sich rund 500 Teilnehmer aus Deutschland und Nachbarländern - Vertreter aus zahlreichen Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, mittelständischen Unternehmen und Kommunalpolitik - trafen, um gemeinsam zu diskutieren, wie diese Abkommen verhindert werden können. In der Abschlusserklärung heißt es, **dass wir nicht wollen, dass** … (ich zitiere einige Punkte)

- Genfood und Hormonfleisch durch die Hintertür in unser Essen kommen und die bäuerliche Landwirtschaft noch mehr unter Druck gerät;
- das Vorsorgeprinzip und darauf beruhende Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzmaßnahmen eingeschränkt werden und keine Möglichkeit mehr zur Weiterentwicklung erhalten;
- eine privilegierte Paralleljustiz (nur) für Konzerne eingeführt wird; (Bem.: Staaten dürfen nicht klagen!)
- die Macht von Konzern- und Finanzmarktakteuren vergrößert wird, statt sie zu begrenzen;
- demokratische Rechte und die Entscheidungsfreiheit der Parlamente (Bem.: auch im kommunalen Bereich) weiter eingeschränkt werden;
- die öffentliche Daseinsvorsorge (Krankenhaus, Pflege, Gas, Wasser, Strom, Kultur, Kindergärten und Jugendarbeit …) unter Privatisierungsdruck gesetzt wird;
- Klimaschutz und Energiewende konterkariert und ausgebremst werden;

- in bilateralen Abkommen die Mehrheit der Menschen ausgegrenzt werden, während die bestehende Ungleichheit zu Lasten ärmerer Länder weiter zementiert wird.

Die Abschlusserklärung sieht in der heutigen EU-Handelspolitik, z. B. ihrer Forderung nach (noch) mehr Marktöffnung für Agrarexporte, den Grund, dass Bauern im globalen Süden die Existenzgrundlage genommen wird. „Die heutige EU-Handelspolitik ist auch eine Fluchtursache!“

Alle beteiligten Verbände werden aufgefordert, möglichst gemeinsam Aktionen gegen TTIP und Co. durchzuführen:

- am 23. April Demonstration in Hannover beim Treffen Obama und Merkel;
- Lobbyaktionen bei Parteien (Wahlprogramm) und Abgeordneten;
- Aktionen auf kommunaler Ebene wie z.B. TTIP-freie Kommunen;
- dezentrale Demos im Herbst;
- internationaler Aktionstag am 5. November!

Unsere Kreisgruppe wird an Infoständen informieren und sich bemühen, mit anderen Gruppen Veranstaltungen zu initiieren. Rainer Guschel

Obama und Merkel kommen!

Die Hannover Messe 2016 wird von Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama eröffnet: Ihr Ziel ist es, die TTIP-Verhandlungen gemeinsam voranzubringen. Doch das Handels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA droht Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.
Getragen von einem breiten Bündnis demonstrieren wir mit zehntausenden Menschen am Samstag, dem 23. April, in Hannover – unmittelbar vor dem Besuch Obamas.

Kommen Sie zur Demo und mobilisieren Sie vor Ort dafür.

Itzehoe, Reichenstraße

„Apud locum, qui Delve dicitur“

„… bei dem Ort, der Delve genannt wird, …“ heißt es in der Stadtrechtsurkunde Itzehoes von 1238. Dort sollte die mit dem Lübschen Stadtrecht privilegierte, neu zu gründende Stadt an einem Sielzug enden. Hier wurde damals die Delvbrücke über den Stördurchstich errichtet, die den südlichen Stadtaus- und zugang ermöglichte, und das Delvtor, über das man den Zugang zur Stadt gestatten und verweigern konnte.

Dieser historische Ort befindet sich am Ende der Reichenstraße und bis zur Zuschüttung der Störschleife befand sich hier die Delftorbrücke. Seitdem hat sich viel verändert. Heute dominiert die Seniorenanlage „Haus an der Stör“ den Bereich zwischen Stör, Schumacherallee und Reichenstraße.

Diese soll nun erweitert werden um eine Wohnanlage mit 59 Wohneinheiten und eine Senioren-Tagespflegestätte. Dagegen lässt sich grundsätzlich nichts einwenden, ist doch Platz genug vorhanden, seit der benachbarte ALDI-Markt aufgegeben worden ist.

Vehement wendet sich die BUND-Kreisgruppe jedoch dagegen, dass für dieses Projekt die vorhandene Fuß- und Radwegeverbindung aus dem Plangebiet verbannt werden soll. Dieser Weg wird gern und oft vom nicht-motorisierten Verkehr als direkte und kürzeste Verbindung zur Innenstadt genutzt - abseits von Verkehrslärm und -stress der Adenauer- und Schumacherallee.

Verordnet wurde stattdessen eine Umweglösung über Kies- und Schotterwege, die nach Regenzeiten und im Winter meist aufgeweicht und nur bedingt benutzbar sind. Dadurch steht das Projekt in krassem Gegensatz zu den Bemühungen der Stadt, den Fahrradverkehr zu fördern.

Wir haben eine Einwendung verfasst und fordern die Stadt auf, die bestehenden Wegerechte der Fußgänger und Radfahrer zu erhalten. Die mindeste Lösung wäre, einen Verbindungsweg zwischen dem "Haus an der Stör" und dem Neubau als kurze Innenstadtverbindung einzurichten.

Um die historische Bedeutung der Reichenstraße und der einstigen Delftorbrücke erfahrbar zu machen, empfiehlt der BUND weitergehend, den Neubau in Längsrichtung zur Reichenstraße zu errichten. So bliebe der Bezug zur einstigen Störquerung als ein Stück Itzehoer Stadtgeschichte erhalten.

Eine neue Planung ist in Arbeit. Man wird sehen. Lothar Wittorf

Zementwerk Lägerdorf: Schadstoff-Ausstoß

Bericht über den Prozess der BIAB

- Zitiert wird z. T. aus der BIAB-Pressemitteilung der Vorsitzenden, Sabine Dammann -

Die „Bürgerinitiative gegen gesundheitliche Abfallbeseitigung“ (BIAB) hatte einen Prozess angestrengt gegen die Genehmigungen des LLUR (Landesamt für Landwirtschaft, Umweltschutz und ländliche Räume) für das Zementwerk Lägerdorf (Holcim).
Auch der Vorstand der Kreisgruppe begleitete und unterstützte die BIAB bei diesem Verfahren ebenso wie zahlreiche Spender, die Gemeinde Münsterdorf und der Anwalt, Herr Mecklenburg.

Am 11.04.2013 hatte die BIAB Klage gegen das LLUR beim Verwaltungsgericht (VG) in Schleswig eingereicht. Nach nunmehr drei Jahren fand die mündliche Verhandlung am 11.02.2016 beim Verwaltungsgericht in Schleswig statt.

Auf den ersten Blick war das Ergebnis der ganztägigen Verhandlung ernüchternd, denn die Klage wurde vom Gericht abgewiesen. Sieht man sich jedoch die Verhandlung genauer an, dann kann die BIAB mit dem Erreichten schon zufrieden sein:

1. So musste die Firma Holcim kurz vor der mündlichen Verhandlung und somit auf Druck der BIAB die „Notbremse“ ziehen und den genehmigten Grenzwert für Quecksilber von 0,04 mg/m³ auf nun 0,03 mg/m³ Abluft senken. Denn sonst wäre – nach Aussagen der Richter – die BIAB in diesem Klagepunkt im Prozess erfolgreich gewesen. - Damit war das <u>Hauptziel der Klage erreicht</u> worden: Der genehmigte Ausstoß von Quecksilber wird um 25 % verringert!
2. Das Gericht bestätigte die BIAB als Umweltverband - gegen die Taktik der Anwälte von Holcim, die vom Ministerium erfolgte Anerkennung der BIAB als Umweltverband wieder aberkennen zu lassen. - Damit sind sie gescheitert, <u>die BIAB ist und bleibt klageberechtigt</u>!
3. Das Gericht sah die Untätigkeitsklage der BIAB als berechtigt an, so dass dieser Klagepunkt nicht abgewiesen wurde. Die BIAB hatte die Untätigkeitsklage gegen das LLUR eingereicht, weil die Behörde auf den Widerspruch der BIAB nach acht Monaten noch nicht geantwortet hatte.
4. Außerdem hat die BIAB erreicht, dass in der Genehmigung festgeschrieben wurde, dass pro Jahr höchstens 100.000 t Klärschlamm zum Einsatz kommen dürfen, beantragt waren ursprünglich von Holcim ca. 160.000 t.

Einen Streitpunkt gab es allerdings, den das Gericht nicht zugelassen hat:

Die BIAB hatte die Absenkung der Stickoxid-Emissionen von 320 mg/m³ auf 200 mg/m³ gefordert. Dies wurde vom VG abgelehnt, weil der Schutz des FFH-Gebietes nicht zu den satzungsgemäßen Aufgabenbereichen der BIAB gehöre, sie hier also nicht klagebefugt sei.

Diese Argumentation erscheint uns unverständlich, da sich zu hohe Stickoxid-Emissionen in die Umwelt wegen ungenügender Filteranlagen durchaus als umweltschädliche Abfallbeseitigung interpretieren lassen.

Auf diese Weise kam das VG dem Konzern zu Hilfe, da es zwischen den Prozessbeteiligten unstrittig war, dass der Stickoxidausstoß von Holcim auf ein FFH-Gebiet nach gängiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zwingend gesenkt werden muss.

So bleibt es vorerst offen, ob die BIAB diese Entscheidung des VG hinnehmen wird oder in Berufung geht. Dies wird nach Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung entschieden. Rainer Guschel

Kernkraftwerk Brunsbüttel

Wohin mit dem Abriss-Müll?

Was Kernkraftgegner stets beklagten, wird jetzt deutlich: Es gibt kein nachhaltiges Konzept für den strahlenden Müll! - Dennoch möchte Umweltminister Habeck gerne eine „grüne Wiese“ in Brunsbüttel hinterlassen, auch, um sich als Vorreiter für die anderen Stilllegungs-Standorte zu profilieren.

Man muss drei Arten des Kraftwerk-Mülls unterscheiden:

1. den „heißen“ Rest-Brennstoff. Er soll für 40 Jahre (realistischer sind 70 bis 80 Jahre) im zurzeit ohne Genehmigung, aber per Anordnung durch Minister Habeck betriebenen Zwischenlager in Castoren aufbewahrt werden. Ein Endlager ist noch lange nicht in Sicht.

2. Stark kontaminierte Bauteile sollen in Fässern und Containern in einem Lager für mittel- und schwachradioaktive Stoffe, dem LASMA, solange aufbewahrt werden, bis sie z.B. im Schacht Konrad, unter die Erde verbracht werden können. Ebenso die bei der Dekontamination anfallenden strahlenden Reststoffe. Die Planung für das LASMA auf dem Kraftwerksgelände läuft zurzeit. Das projektierte Endlager Schacht Konrad ist umstritten.
3. Das nur gering radioaktiv belastete Material (Niedrigstrahlung). Sein Verbleib ist aus BUND-Sicht seit dem Erörterungstermin im Juli 2015 auch sehr strittig, denn

Betreiber Vattenfall und die ministerielle Atomaufsicht möchten gerne möglichst viel des Bauschutts *„frei messen“* und somit aus der Atomaufsicht entlassen, um es recyceln oder auf Deponien verbringen zu können.

Wir Einwender, Werner Neumann vom BUND-Bundes-AK Energie, Karsten Hinrichsen (Landessprecher des BUND-AK Atom) und Rainer Guschel (BUND-Landesvorstand), sehen in der „Freimessung-Praxis“ eine für die Betreiber kostengünstige Gelegenheit, den gering strahlenden Restmüll (im AKW Brunsbüttel werden rund 27.000 Tonnen anfallen) weiträumig zu verteilen.

Nach § 29 Strahlenschutzverordnung wird aller Müll, der einen Menschen mit einer geringeren Ganzkörper-Jahresdosis als 10 Mikrosievert belastet, als „nicht radioaktiv“ oder „unbedenklich“ betrachtet, womit statistisch gesehen bis zu 150 Todesopfer jährlich in der BRD politisch „akzeptiert“ werden. Dieses „10 Mikrosievert-Konzept“ von 1988 ist nach aktuellen Erkenntnissen für einen wirksamen Gesundheitsschutz bei Niedrig-Strahlung nicht mehr haltbar, auch – so die Argumentation des Ministeriums – wenn der Wert deutlich unter der natürlichen radioaktiven Strahlung liegt.

Forderungen des BUND

Wir fordern in unseren inzwischen zahlreichen Gesprächen mit dem Minister und seiner Behörde:

1. Der Grenzwert ist, obwohl es keine unschädliche Strahlung gibt, wenigstens um den Faktor 10 abzusenken, also auf 1 µSv pro Jahr.

2. Der Restmüll mit Jahres-Dosiswerten zwischen 1 und 10 Mikrosievert soll auf dem Gelände in bestehenden Gebäuden gelagert werden, um das unkontrollierbare Verteilen in die Umwelt zu verhindern.
3. Wir fordern Transparenz und zur Kontrolle unabhängige Gutachter, also einen „Freimess-Beirat“.

Rainer Guschel

Zwischenlager beim AKW Brokdorf

7 Castoren mit hochradioaktivem Abfall

Bei der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen werden das wieder verwertbare Uran und Plutonium extrahiert und die (im wesentlichen) Spaltprodukte, die bei der Stromerzeugung in Reaktoren entstanden, mit flüssigem Spezialglas vermischt, in sog. Glaskokillen gefüllt, die in High Active Waste (HAW) Castoren von Deutschland zurückgenommen werden müssen.

Bisher wurden diese Castoren (ca. 110 Stück) im Zwischenlager Gorleben abgestellt. 21 weitere müssen noch nach Deutschland geschafft werden. Mehr nicht; denn ab 2005 werden die abgebrannten Brennelemente in Zwischenlagern an den Standorten abgestellt.

Das Land Niedersachsen war nur dann bereit, sich an der Endlagerauswahl-Kommission zu beteiligen, wenn die Castortransporte nach Gorleben eingestellt würden. Jedoch waren nur Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg bereit, die Castoren anzunehmen. Dennoch nahm die Endlager-Kommission ihre Arbeit auf.

Umweltminister Habeck hatte den Standort Brunsbüttel zur Aufnahme einiger HAW-Castoren vorgeschlagen, ohne die Kommune und die Landtags-Fraktionen davon zu verständigen. Nun hat jedoch das Zwischenlager Brunsbüttel durch die gewonnene Klage der Familie Dreckmann (s. Rundbrief 2015) seine Genehmigung verloren und fällt aus.
Zudem läuft Anfang 2018 die Anordnung von Minister Habeck aus, die 9 bereits abgestellten Castoren dort zu belassen. Vattenfall hat zwar einen Antrag für ein neues oder nachgerüstetes Zwischenlager gestellt. Es kann unmöglich bis zum 16.1.2018 fertig gestellt sein.

Im Herbst 2015 konnte Bundes-Umweltministerin Hendricks vermelden, dass nun auch Bayern und Hessen bereit seien, mit Zustimmung der AKW-Betreiber, je 7 HAW-Castoren anzunehmen. Wieder ohne vorherige Diskussion in der Öffentlichkeit schlug Minister Habeck ersatzweise das Zwischenlager Brokdorf als Abstellmöglichkeit vor. Ob der Betreiber e.on bereits einen Antrag auf Einlagerung beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) gestellt hat, ist nicht bekannt.

Die Zwischenlager haben nur eine Genehmigung, die im eigenen AKW angefallenen Brennelemente (BE) zu lagern - und das nur für 40 Jahre, denn die Behälter sind lediglich für 40 Jahre zertifiziert. Danach sollen die BE in Endlager-fähige Castoren umgefüllt werden und in das zu findende Endlager verbracht werden.
Neueste Schätzungen aus der Endlager-Kommission besagen, dass wohl erst nach 2080 ein Endlager zur Verfügung stehen wird. Was zwischen ca. 2045 und 2080 mit den BE passieren soll, ist in der Diskussion. Minister Habeck hat vorgeschlagen, ca. 500 BE in einem zentralen Zwischenlager abzustellen. Einen Vorschlag für den Standort benannte er allerdings nicht.

Die Gemeinde Brokdorf hat Ende 2014 in einem Schreiben an Minister Habeck daran erinnert, dass sie im Jahr 2000 dem Bau eines Zwischenlagers in Brokdorf nur unter den Bedingungen (nur für BE, die aus dem Betrieb des AKW Brokdorf stammen, und nur für 40 Jahre) zugestimmt hatte. An diesen Bedingungen halte sie weiter fest. Die CDU hat der Gemeinde bei dieser Forderung Unterstützung zugesagt.

Minister Habeck sieht die Forderungen, welche die Landtagsfraktionen in der Drs. 18/571 (neu) formuliert hatten, als es um die Einlagerung im Zwischenlager Brunsbüttel ging, als erfüllt an:
- strenge Sicherheitsüberprüfung des Zwischenlagers,
- der Einlagerungszeitraum und die Anzahl an Castoren dürfen nicht erweitert werden,
- die Kosten dürfen nicht dem Staat oder den Bürgern aufgelastet werden,
- die Rückstellungen der Betreiber für Stilllegung und Entsorgung sollen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds verlagert werden,
- eine über die derzeit geltenden Regelungen des Atomgesetzes hinausgehende Bürgerbeteiligung.

Der Minister hat im Januar bei den Fraktionen nachgefragt, ob die Lagerung von 7 HAW-Castoren aus der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield überhaupt noch einer Beratung bedürfe. Die Fraktion der Piraten hält eine erneute Debatte für erforderlich.

Atommüll - Niemand weiß, wohin damit.

Deshalb:
Abschalten aller AKWs SOFORT !

Die Initiative Brokdorf-akut hat in einem Schreiben an die Landtagsfraktionen darauf hingewiesen, dass die Forderungen des Landtags mitnichten erfüllt sind und absehbar teilweise gar nicht zu erfüllen sind. Brokdorf-akut hält eine Debatte im Landtag für erforderlich, fordert den Minister auf, sich für die Durchführung eines Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren einzusetzen und seine Entscheidung für Brokdorf vor Ort zu erläutern. Karsten Hinrichsen

Tongrube Muldsberg

Windräder bedrängen Naherholung

Der Windpark Huje wurde vor 16 Jahren begründet, besteht aus 15 Windkraftanlagen (WKA) von 100 m Höhe und erstreckt sich von Huje bis zum Natur- und Naherholungsgebiet „Tongrube Muldsberg“. In dieser Grube wurde von 1936 bis 1996 Ton für die Zementherstellung der Firma Breitenburger Portland-Cement-Fabrik (später Alsen, heute Holcim) abgebaut. Nach Einstellung des Tonabbaus füllte sich die Grube über die gesamte Fläche mit Grundwasser. Der entstandene große See und die Umgebung wurden als Biotop entwickelt und für die Naherholung mit einem ca. fünf Kilometer langen Rundweg mit Rastplätzen erschlossen.

Schon heute beeinträchtigt der Lärm der nächstgelegenen WKA den Erholungswert des Rundwegs an seinem südlichen Verlauf erheblich. Nun plant die Gemeinde Huje das Repowering des Windparks Huje. Nach den vorliegenden Plänen sollen die neuen 13 Anlagen mit 200 m nicht nur doppelt so hoch sein, sondern auch noch näher an das Erholungsgebiet heranrücken.

Dagegen hat sich eine Bürgerinitiative (www.windwahnhuje.de) gebildet und die Gemeinde Mehlbek hat eine Stellungnahme verabschiedet, in der sie einen Mindestabstand zum Naherholungsgebiet fordert. Erwartet wird ein Abstand bis zum nächsten, südlich der Tongrube verlaufenden Wirtschaftsweg (ca. 250 m).

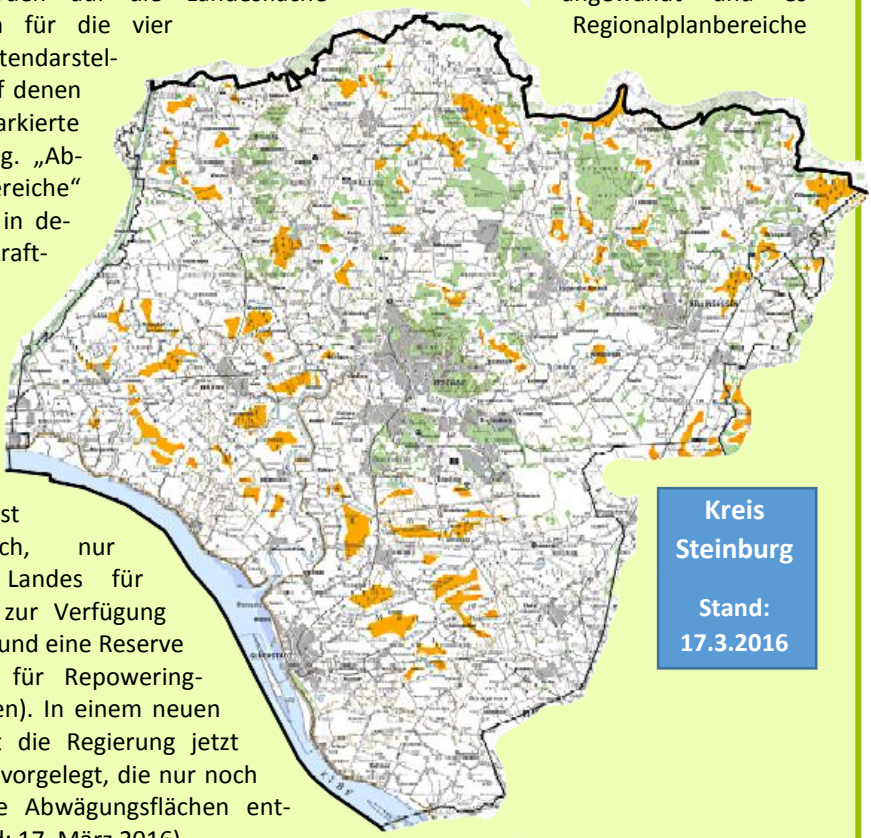
Die Gemeindevertretung Hujes und die Investoren stellen sich gegen diese berechtigten Forderungen quer. - In einer Erklärung vom 8.2.2016 an die Kieler Staatskanzlei hat die Kreisgruppe diese Forderungen unterstützt und gleichzeitig darauf verwiesen, dass die zu vermutenden Fledermausvorkommen an einem so großen See sogar einen größeren Abstand von 500 m erfordern. Auch die Südausdehnung wird aufgrund des Uhu-Brutplatzes eingeschränkt werden müssen. Auch andere Naturschutzgruppen unterstützten die Mehlbeker Forderungen. Lothar Wittorf

Land SH

Windkraftplanungen

Nachdem das Oberverwaltungsgericht die Windkraftplanungen des Landes SH von 2012 für ungültig erklärt hatte, war das Land genötigt, eine völlig neue, rechtsgültige und gerichtsfeste Windkraftplanung zu erarbeiten, die den Vorgaben des OVG genügt. Diese Planung ist aktuell in vollem Gange.

Zuerst hat die Landesplanungsbehörde harte und weiche Tabukriterien für die Ermittlung geeigneter bzw. ausgeschlossener Flächen für Windenergienutzung festgelegt. Diese wurden auf die Landesfläche angewandt und es entstanden für die vier Regionalplanbereiche SH´s Kartendarstellungen, auf denen gelb markierte Flächen sog. „Abwägungsbereiche“ anzeigten, in denen Windkraftnutzung denkbar ist. Dies waren 7,9% der Landesfläche. Ziel ist es jedoch, nur 2% des Landes für Windkraft zur Verfügung zu stellen (und eine Reserve von 0,3% für Repowering-Maßnahmen). In einem neuen Schritt hat die Regierung jetzt eine Karte vorgelegt, die nur noch 3,7% gelbe Abwägungsflächen enthält. (Stand: 17. März 2016).



Alle an dem Verfahren Interessierten können/sollten sich auf dem Landesportal genau über die Tabu- und Abwägungskriterien informieren und über den Fortgang des Verfahrens: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/windeignungsflaechen_ausweisung/karten_ausnahmeverfahren.html L.W.

Termine:

Termin	Thema	Wo?
Mi., 13. 4. 19.30h	Podiumsdikussion: Rückbau des AKW Brunsbüttel	Café Schwarz, Itzehoe
Sa., 16. 4. 16 11 - 17.00h	Tag der Vereine (mit BUND-Beteiligung)	im Holstein-Center Itzehoe.
So., 17. 4. 10.30h	Anti-AKW-Film "Unser gemeinsamer Widerstand"	im Cinemotion Itzehoe
Di.,19.4. 19.00h	Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Fr., 22. 4. 19.00 h	Liederabend mit Gerd Schinkel	im Himmel & Erde, Itzehoe
So.,24.4. - 3 vor 12.00 - 15.00h	die 4. Protest- und Kulturmeile	vor dem AKW Brokdorf
So., 1. 5. 18.30	Vogelstimmen m. Rainer Papke	in Oldendorf beim Dorfhaus, Dreschkamp.
Di., 17.5.19.00h	Mitgliederversammlung	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Di., 21. 6. 19.00 Uhr	Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Sa., 9. 7. 14 - 18 h	Naturfest in der Nordoer Heide	Deckmannsche Kuhlen, Kremperheide
So., 17. 7. 11.00h	BUND-Sommerfest	bei Jürgen Möller, Horststr. 9, Oelixdorf
Sa., 20. 8. 11.00 h	Fahrradtour mit famila	auf dem famila-Parkplatz
Di., 20.9.19.00h	Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Di., 15.10.19.00h	Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Di., 20.12.19.00h	BUND-Weihnachtsfeier	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4

Adressen:

BUND-Kreisgruppe Steinburg, c/o Umweltzentrum, Draisine 4, 25524 Itzehoe - Tel.: 04821/ 91686
Email: bund.steinburg@bund.net
Web: www.bund-steinburg.de

Konto der Kreisgruppe: Sparkasse Westholstein,
BLZ : 222 500 20, Kontonummer.: 200 150 39
IBAN: DE66 2225 0020 0020 0150 39 BIC: NOLADE21WHO

Vorstand der BUND-Kreisgruppe Steinburg:
Gisela Wieneke, Landwehr 4, 25524 Heil´stedt´kamp, Tel.: 04821/ 84 540
Rainer Guschel, Zwölf Berge 7, 25588 Oldendorf, Tel.: 04821/ 71208
Hartmut Ralf, Ringstr. 10, 24594 Meezen, Tel. 04877-763 (Schatzmeister)

BUND-SH, Landesgeschäftsstelle, Lorentzendamm 16 - 24103 Kiel , Tel. 0431-66060-0

Redaktion, Layout: Lothar Wittorf, V.i.S.d.P.: Lothar Wittorf, Krempe